

DIE TÄTIGKEIT VON LAJOS KOSSUTH ALS „ASSESSOR TABULAE“ IN ZEMPLÉN

DR. FERENC SIK
Universitätsdozent

Am 9. Oktober 1824 wurde im Marktflecken Sátoraljaújhely die Komitatsversammlung von Zemplén abgehalten, wo unter anderen auch das Rechtsanwaltsdiplom von Lajos Kossuth verkündet wird.¹ Dem Diplom zufolge legte er vor einer aus dem Personalis und zwei königlichen Räten bestehenden Kommission Zeugnis ab „von seiner juristischen Wissenschaft und Bildung“, danach leistete er den Advokateneid. Auf Grund dessen war Kossuth zur Ausübung des Advokatenberufs vor jeglichem kirchlichen und weltlichen Gericht Ungarns und seiner angegliederten Teile berechtigt.

In der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts trat eine bedeutende Veränderung in der gesellschaftlichen Beurteilung der Advokaten und der Anwaltstätigkeit ein. Es war eine jahrhundertealte Tradition, daß nicht nur die politische Literatur und die Belletristik, sondern auch die Rechtswissenschaft und die Fachliteratur den „Rechtsanwalt“ mißtrauisch und mißmutig betrachteten, worunter die Advokaten, Prokuratoren sowie die Plenipotentiarer, d.h. die Bevollmächtigten verstanden wurden. Die letzteren konnten im Namen ihres Mandaten auch einen Vergleich eingehen, was der Prokurator nicht konnte. Etwas Spott scheint uns auch aus der Formulierung hervorzugehen, daß „... das Prokuratorenamt nur seiner Würde entsprechend bekleidet werden soll, und noch dazu ehrenhaft...“² In den 1820er Jahren wurde die Rolle der Advokaten im Vergleich zur Funktion des Richters für zweitrangig gehalten und es bestand nicht die allgemein verbreitete Überzeugung, daß bei der gerechten Beurteilung und Erledigung der Angelegenheiten auch dem Anwalt eine bedeutende Rolle zukommen kann. Derjenige, der dennoch zu dieser Erkenntnis kam, tadelte von nun an auf der Stelle jene Advokaten, die nur die Worte der Gesetze kennen, „ihre Kraft, ihren Sinn und Geist“ aber nicht verstehen oder aber die gesetzlichen Bestimmungen nur fragmentarisch kennen und die Rechtsprinzipien außer acht lassen.

In den dreißiger, noch eher in den vierziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts ist jedoch eine neue Richtung zu spüren: In der bis dahin einheitlichen Fachliteratur, die mit wohlwollendem Schulterklopfen über die, anderen gegen eine mäßige Belohnung helfenden oder die Armen aus

Nächstenliebe unterstützenden Advokaten berichtete und wütende Ausfälle gegen die „gesetzesverdrehenden“ Rabulisten, die die Witwen und Waisen ausnutzenden Blutsauger richtete, stellen wir eine neue Erscheinung fest — in der Fechliteratur erschien die Gestalt des „ausgelieferten Advokaten“, der sich nicht einmal getraut, gegen das ungerechte Urteil seines Richters aufzutreten, um sich nicht dessen Zorn auf sich zu ziehen und den Erfolg seiner späteren Prozesse zu gefährden, die er vor ihm fortführen wird. Es gehörte auch Mut dazu, die Gegenmeinung in der Berufung zu verbergen, da ja der Richter die Macht besaß, den Rechtsanwalt zu bestrafen, weil er die Angelegenheit nicht in dieser oder jener Weise verteidigte, eines oder ein anderes Rechtsmittel beanspruchte, ein Rechtsmittel einlegte oder nicht einlegte usw. „Wo ist hier die Freiheit der Verteidigung? Wo die Unabhängigkeit des Rechtsanwaltes? Wo die Gerechtigkeit?“ — trauert der Zeitgenosse.³

Den an einen vorzüglichen Rechtsanwalt gerichteten Worten eines Richters nach ist es ganz gleich, was die Verteidigung schreiben wird, „urteilen werde ich!“ Der Komitatsrichter anerkannte den im Komitat tätigen Anwalt nicht als gleichrangigen Partner. Da der Rechtsanwalt nicht Mitglied irgendeiner Gesellschaft ist, kann er es nicht erstreiten, daß über dem von ihm vertretenen Standpunkt nur das Gesetz und nicht die Willkür urteilt. Er kann es nicht abwenden zum Schuldenbock zu werden, auf den alle Fehler des Systems der Gerichtsbarkeit abgewälzt werden,⁴ dem die Kompliziertheit und Verwirrtheit des ganzen Prozessierens zugeschoben werden. Auch die Parteien konnten ihren Zorn am einfachsten gegen den Rechtsanwalt richten: Wer dagegen höher stehende Faktoren beschuldigt, dem konnte es leicht schlecht ergehen.

In diesem schwierigen Medium begann Lajos Kossuth, der angehende Zempléner Rechtsanwalt, seine Laufbahn. Es bedeutete ihm vielleicht etwas Erleichterung, daß sich seine ersten Klienten aus der weitläufigen Kossuth-Verwandtschaft ergaben, daß seine ersten Aufträge von ihnen stammten. 1824 und 1825 trat er in einem Pfandprozeß von Tamás Kossuth auf, weiterhin ernannten ihn László Kossuth und die Witwe des Simon Kossuth zu ihrem Bewollmächtigten vor der Gerichtsbarkeit des Iudex nobilium des Komitats Zemplén. Diese, vom 30. April 1825 datierte Rechtsanwaltsbestellung wurde in das Protokoll der Komitatsversammlung eingetragen, vielleicht war dies der erste Auftrag Kossuths als Rechtsanwalt. Die Unterstützung durch die Verwandten begleitete ihn auf seiner gesamten Laufbahn als Rechtsanwalt in Zemplén: 1827 vertritt er Carolina Kossuth und von 1829 an ist er als Rechtsanwalt seines Neffen Kristóf Kossuth tätig. Er hielt es für seine Pflicht, auf Grund des Verwandtschaftsverhältnisses die Besorgung der Angelegenheiten seines Neffen ohne Honorar zu versehen, lediglich 400 – 500 Forint Darlehen erbat er von ihm, worüber er eine Schuldverschreibung ausstellte.

Auch in eigener Angelegenheit war er mehrfach gezwungen zu prozessieren, entweder mußte er für frühere Schulden seines Vaters eintreten oder war er gezwungen eine Klageschrift wegen einer ihm zur Nachteil verübten Besitzstörung zu verfassen. Von seinem Vater übernahm er

jedoch nicht nur Schulden, sondern auch Klienten, z.B. den Baron Pál Vécsey, einen alten Klienten seines Vaters vertrat er über Jahre hindurch, trieb dessen Forderungen ein und überwies sie ihm fallweise.

Im Frühjahr 1828 übernahm Lajos Kossuth die Akten der Familie des Barons Fischer, mit der noch sein Vater in Rechtsanwaltbeziehung gelangte. 1825 zeichnet noch László Kossuth als Rechtsanwalt, von 1827 an jedoch stellt bereits Lajos Kossuth die Rechnungen aus und versendet die Kundmachungen über den Verkauf der Produkte und des Holzes in die Gemeinden. Fast ein Jahrzehnt stand er im Dienst der Familie Fischer, von 1829 bis 1832 ging alles Geld des Fischer-Besitzes durch seine Hände. Als Honorar standen ihm jährlich 200 rheinische Gulden zu, diese Summe war aber bei weitem nicht ausreichend sein Auskommen zu gewährleisten.

Die Glanzzeit seiner Laufbahn als Rechtsanwalt in Zemplén waren die Jahre 1830–1832. Er wird als Prokurator von selten gutem Vortragsvermögen gekennzeichnet, doch ist es wahr, daß er sich sorgfältig auf seine Reden vorbereitete und sie nicht selten bis spät in die Nacht formulierte. Er sprach frei, „ohne Buch“, und erregte damit Aufsehen. Im Frühjahr 1830 waren ihm 115 Prozesse vor den verschiedensten Komitatsgerichten anhängig, für die Oster-Gerichtsperiode merkte das Rechtsanwaltsbüro von Kossuth 89 Prozesse vor. Das sind imponierende Zahlen, unter der Klientur finden wir die einflußreichsten Familien des Komitats. Grenzstreite, Verrechnungsprozesse, Besitzaufteilungen — er übte eine sehr vielschichtige und ausgedehnte Rechtsanwaltsstätigkeit aus.

Bereits 1830 geriet er zweifellos in Verbindung mit der Domäne Terebes, doch die erste diesbezügliche schriftliche Beauftragung als Rechtsanwalt erhielt er erst 1831 von der im Komitat Zemplén eine große Macht darstellenden Familie Szapáry — Andrassy. Die Bestallung als Rechtsanwalt wurde auch ins Protokoll der Komitatsversammlung aufgezeichnet, Gräfin Julianna Csáky, die Witwe des Grafen Péter Szapáry benannte Lajos Kossuth als „ihren ordentlichen Rechtsanwalt“. Das Domänenzentrum Terebes war das Zuhause der Familie des Grafen Károly Andrassy, der die Gräfin Etelka Szapáry zur Frau nahm. Kossuth stand in enger Beziehung zu Károly Andrassy, dem vielgereisten, gebildeten Aristokraten. Vielleicht hat er auch teil an der Verfassung des Buches des Grafen, in dem es um in Ungarn fällige Reformen ging. Einzelne Biographen Kossuths bringen Etelka Szapáry auch in nähere Beziehung zu ihm. Auf Grund der Beauftragung von Terebes erledigte Kossuth die verschiedenen Prozeßangelegenheiten der Familie, ging in Urbarialangelegenheiten vor, trat bei Verletzung der Strafgewalt des Grundherren der Domäne ein und wirkte als Notar des grundherrschaftlichen Gerichtes in Terebes.

Seine Laufbahn als Rechtsanwalt erhob sich vielleicht in erster Linie auf Grund der Terebeser Beauftragung auf das Niveau des öffentlichen Lebens des Komitats, wo sein Streben nach oben im Winter 1831/32 durch ein unerwartetes Ereignis unterbrochen wurde. Seine materielle Lage war trotz seiner weiten Rechtsanwaltsstätigkeit nicht befriedigend und seine politischen Gegner nutzten dies dazu aus, um seinen moralischen Kredit

ins Wanken zu bringen und ihn aus seinen Positionen zu verdrängen. Kossuth erinnert sich später aufrichtig an diese Krisenperiode seines Lebens. Es war seine Überzeugung, daß er seine Ehre auch in dieser Zeit bewahrt hatte, seine Zeitgenossen jedoch sprachen davon, daß in Verbindung mit den Waisengeldern ein Gerichtsverfahren gegen ihn lief. Die diesbezüglichen Schriftstücke wurden von István Barta im Archiv des Komitats Zemplén unter den Dokumenten der Komitatsversammlung gefunden. Die Anklage gegen Kossuth war die nachlässige Verwaltung des Vermögens der Reviczky-Waisen, zu deren Vormund die Komitatsversammlung zuvor den Tafelrichter János Kossuth ernannt hatte. Zugleich entsandte die Komitatsversammlung auch eine Kommission, deren Aufgabe es war, unter den die Waisen betreffenden Mobilien alles zu verkaufen, dessen Beibehaltung nicht mit Nutzen einherging. Als Mitglied der Kommission war es die Sache des Rechtsanwalts Lajos Kossuth, den Wein der Waisen zu veräußern. Das erfolgte auch, doch wollte er den Kaufpreis erst später der Kommission übergeben, die jedoch die Summe überhaupt nicht annahm, da ihrer Meinung nach Kossuth den Wein zum Schaden der Waisen unter dem Preis verkauft hatte. Der Vorsitzende der Kommission forderte sofort die Einleitung einer Untersuchung gegen Kossuth. Zuerst beschäftigte sich das Waisenamts, später die Komitatsversammlung mit der Angelegenheit und Kossuth wurde am 11. Februar 1832 verurteilt. Die weitere Fortsetzung der Angelegenheit ist unbekannt.

Im Anschluß an den Beschluß der Versammlung wurde die Lage von Lajos Kossuth immer unangenehmer. In seiner engeren Heimat, im Komitat Zemplén mußte er seiner Rechtsanwalts- und Tätigkeit im öffentlichen Leben entsagen. Später, als es zum Zusammenstoß mit der Regierung kam, versuchte man die Angelegenheit so oft es nur ging zur Diskreditierung Kossuths aufzufrischen. Dies hatte jedoch keinen Erfolg.

* * *

Der Zempléner Abschnitt der Advokatenlaufbahn Kossuths zeichnet sich in persönlicher, menschlicher Annäherung ab. Die verbliebenen Prozeßakten, die Anwaltsbestellungen und die Protokolleintragungen der Komitatsversammlung haben die Handschrift von Kossuth bewahrt, seine Tätigkeit und seine Leistung als Jurist. Im heutigen Sprachgebrauch – auf dem Gebiet der Zivilprozesse und – rechtsstreite verblieb uns eine Menge persönlicher Produkte von Lajos Kossuth sowie persönlich auf ihn bezüglicher Angaben und Aufzeichnungen. Vor seinen Biographen und der juristischen öffentlichen Meinung blieb es jedoch gleichermaßen im Dunkel, daß Kossuth auch eine bedeutende Rolle in der Strafgerichtsbarkeit des Komitats spielte, in der er über Jahre hindurch als assessor tabulae, d.h. Tafelrichter mitwirkte.⁵

Seine Ernennung zum Tafelrichter erfolgte auf der Versammlung des Komitats Zemplén von 4. Mai 1827, im Protokoll hat der Hauptschriftführer vermerkt, daß zusammen mit zwei Kollegen auch Lajos Kossuth als Tafelrichter kandidiert. Und im Juni 1827 schaltet er sich tatsächlich

auch in die Arbeit des in der Regel unter der Leitung des zweiten Vizegespans funktionierenden Strafgerichtshofes ein.

Es war Ziel eines jeden Rechtsanwalts, die Beamten des Komitats kennenzulernen, sich Kenntnis von den Tagesereignissen des Munizipiums zu verschaffen und an den öffentlichen Foren seine Tätigkeit und Vorbereitung unter Beweis zu stellen. Die Ernennung zum Tafelrichter führte zu diesem Ziel.

Dazu, daß der Obergespan den einen oder anderen Advokaten zum Tafelrichter ernannt und daß diese Ernennung von der Komitatsversammlung auch zur Kenntnis genommen wird, war es nicht allein ausreichend, daß dieser sich mit seiner Prokuratorentätigkeit allgemeine Anerkennung verschaffte, sondern es war auch nötig, daß er sich Ansehen erwarb sowie auch den von einem Politiker des Komitats geschaffenen Vorstellungen entsprach.

Durch Jókai lernen wir das von den Tafelrichtern geschaffene, idealisierte Bild kennen: „Sie sind Poeten, Wissenschaftler, freundliche, gute, heitere Gesichter, in deren schönen Zorn auch mehr Liebe war, als in der Freundlichkeit anderer Menschen...“ „Wer verwaltete die öffentlichen Angelegenheiten mit wenig Geld und viel Ehre, wer achtete auf die Heiligkeit der Gerechtigkeit, wer vergalt die privaten Unrechte?... Der Tafelrichter verkörperte die Verwaltung des Landes, seine Ökonomie, er war sein Ingenieur. Regulierer des Gewässers, Gesetzgeber, Richter, Advokat, Arzt, Dichter, Wissenschaftler, Verfasser und Käufer von Büchern. Jetzt wird für all das je ein Mensch geboren...“

Diese hinreißenden Worte von Jókai entbehren nicht den Übertreibungen romantischer Idealisierung. Er verweist nicht einmal darauf, daß die Berufenheit zu so vielem nicht der Berufenheit zu Großem entspricht und entsprechen kann. Auf dem Niveau des Europa des 19. Jahrhunderts ist die funktionelle Verschmelzung der richterlichen, gesetzgeberischen und Advokaten-Trias — die von Jókai sicherlich nicht zufällig nebeneinander gestellt wurde — außerordentlich bedenklich.

Kossuth, der ambitionierte junge Advokat und Rechtsberater brachte nach seiner Ernennung zum Tafelrichter jährlich mehrere Wochen am Straf- und das eine oder andere Mal auch am Zivilgerichtshof seines Komitats. Seine als Advokat ausgeübte Tätigkeit als Tafelrichter war im Grunde genommen ein unvereinbarer Zustand, doch gehörte diese Unvereinbarkeit zu den für die damalige Gerichtspraxis allgemein charakteristischen Zügen. Erst einige Jahre später, in einem auf der Märzszitzung 1835 des Bezirkes vorgebrachten Vorschlag kommt es dazu, daß die Unvereinbarkeit der Lage erkannt wird. „Die mit dem privaten Dienst anderer verpflichtet sind oder die Angelegenheiten anderer fördern, demzufolge auch die Advokaten können an dem Komitatsgerichtshof, vor dem sie Prozesse führen, kein Amt als Tafelrichter ausüben.“ Im Fall von Kossuth, der als Rechtsberater der Stadt Sátoraljaújhely und auch als Advokat der Domäne Terebes und anderer Privatpersonen tätig war, sprach man ehemals davon, daß er das Amt des Jurium director ausübte, diese Tätigkeit wäre nach 1835 als unvereinbar erklärt worden. Unter

Hinsicht aber darauf, daß Kossuths Zempléner Tätigkeit als Tafelrichter von 1827 bis 1832 dauerte, stellt sich in seinem Fall die Frage nicht einmal. Damals dachte noch niemand daran, daß es auch auf Komitatsebene Zeit wäre dem Gesetz des ausgehenden 18. Jahrhunderts Genüge zu leisten, die Gerichtsbarkeit von der Rechtspflege zu trennen. Noch im März 1835 wurde auch nur mit Stimmenmehrheit der Beschluß getroffen, daß „derjenige, der Advokat ist, ein für allemal nicht Richter des Gerichtshofes sein kann, und zwar nicht nur in dem Komitat, in dem er Prozesse führt, sondern auch allgemein nicht . . . das ist nicht so zu verstehen, als ob die Advokaten nicht zu Richtern gewählt werden könnten, sondern daß sie, wenn sie das Richteramt übernehmen vom Advokatenamt Abstand nehmen müssen.“ Lajos Kossuth, der darüber im IV. Band der Parlamentsberichterstattungen referiert, fügt in einer eigenen Notiz dazu, daß die Lage und Umstände der Prozesse führenden Advokaten mit der Ausübung des Gerichtsamtes unvereinbar sind. Im Fall des rechtsprechenden Advokaten taucht unvermeidlich die Möglichkeit dessen auf, daß einzelne Advokaten im Laufe der Urteilsfällung auf Voraus geplante Weise Stellung nehmen oder einander „für einen anderen ähnlichen Fall ein Urteilsbeispiel“ anfertigen.

Die Versammlung des Komitats Zemplén nahm am 4. Mai 1827 zu Protokoll, daß zusammen mit zwei anderen Kollegen auch Lajos Kossuth zum assessor tabulae im Komitat Zemplén ernannt wurde und den gewohnten Eid ablegte: „... ich werde ein wahres und aufrichtiges Urteil fällen und dies auch nach meinen Kräften vollstrecken.“ Der junge Advokat spielt von nun an auf dem Gebiet des Komitats bei der Erledigung der öffentlichen Angelegenheiten eine vielfältige Rolle. Er wurde Richter des Gerichtshofes, der sich auf Grund der vierteljährlichen Einladung des Vizegespans in die nicht ständig, sondern vierteljährlich in Gerichtssperioden ausgeübte rechtsprechende und andere Arbeit des Gerichtshofes einschaltete. Er nahm also kein Amt an, blieb weiterhin Advokat und war auf Grund der Ernennung durch den Obergespan und seines Eides imstande, am Strafgerichtshof des Komitats Recht zu sprechen, Untersuchungen in Verbindung mit der richterlichen Tätigkeit vorzunehmen, so z.B. als behördlicher Zeuge mitzuwirken usw.

Der Advokat und Tafelrichter erlangte eine rechtsprechende Funktion und richtete am Forum des Strafgerichtes des Komitats ohne jedoch dadurch tatsächlich zum Richter zu werden. Er selbst erklärte zwar später, indem er sich an Zemplén erinnerte „ich war Richter“, dies ist aber nicht so zu verstehen, daß er als Richter gelebt hat. Die richtige Bedeutung dessen ist, daß er auch Richter war und auf Grund seiner Ernennung und seines Eides auch ans Gericht gerufen wurde. Die Tafelrichter nahmen zu den Terminen abwechselnd an der Rechtsprechung teil, es kamen solche Prozesse vor, in denen das Gericht die Beschlüsse in 6–8 facher unterschiedlicher Zusammensetzung faßte, — so berichtet Iván Meznerics über die Strafgerichtsbarkeit der Komitate im 16–19. Jahrhundert. Andere Tafelrichter waren (und konnten) zugegen (sein) beim richterlichen Verhör des Beschuldigten, bei der weiteren Beweisaufnahme bzw. bei der

Urteilsfällung. Wir können es nicht unternehmen, den Tafelrichtern für ihre Qualität am Gerichtshof, in der sie als Episoden-Darsteller der Rechtsprechung unter der Regie des Vizegespans auftraten, irgendeinen modernen Tätigkeitsbereich aufzuzwingen.

Als Advokat, unbegüterter junger Rechtsanwalt eine Ernennung zum Tafelrichter zu erlangen, war eine große Anerkennung, die zugleich aber auch mit Gefahren einherging. Unter den praktischen Aufgaben gab es auch solche, die auf Grund der offiziellen Beauftragung durch das Komitat erfüllt werden mußten, dann war der vorgehende Tafelrichter praktisch der provisorische äußere Beamte des Komitats. Die Beauftragung durch das Komitat konnte auch durch eigene Initiative gewonnen werden, wie dies 1831 im Fall von Lajos Kossuth auch mehrfach erfolgte: einmal unterbreitete er auf der Komitatsversammlung, daß er Vorschläge zur Kämpfung der Hungersnot und zur Aufstellung von getreidespeichera ausgearbeitet hat. Auf Grund dieser Äußerung wurde Kossuth vom ersten Vizegespan aufgerufen, das diesbezügliche Material zu ordnen und einen abschließenden Bericht vorzulegen. Der Tafelrichter und Rechtsanwalt erlangte dadurch einen offiziellen Auftrag und konnte in der gegebenen Angelegenheit als beauftragter Beamter vorgehen und sich der Tätigkeit der ständigen Amtspersonen des Komitats anschließen.

Am 5. Juli des unglücklichen Jahres 1831 nahm Lajos Kossuth als neues Mitglied an der Arbeit der gegen die Verbreitung der Cholera kämpfenden Komitatskommission teil. Der Vorsitzende der Kommission war auch ein Tafelrichter, unter ihren Mitgliedern befanden sich – zusammen mit Kossuth – dreizehn Tafelrichter und zwei Geschworene. Das Komitat ließ dieser Tafelrichterkommission keine geringere Aufgabe zukommen, als mit den diesbezüglichen höheren Anordnungen im Einklang die zur möglichen Abwendung der Seuche erforderlichen Aufgaben auszuarbeiten, zu organisieren und durchzuführen. Die einzelnen Tafelrichter erhielten vom Vorsitzenden der Kommission ihre detaillierten Aufgaben, im Falle Kossuths bestanden diese darin, Vorkehrungen zur Art der Bestattung der an der Seuche verstorbenen Personen zu treffen. Der mit der Durchführung der konkreten Aufgabe betraute Tafelrichter ging in der Qualität als Cholerakommissar an die Arbeit und legte der Kommission einen Bericht über seine Erfahrungen vor. Am 9. Juli berichtete Kossuth, daß einzelne Stadtbewohner die Bestattung der an der „Gallenkrankheit“ Verstorbenen an den bezeichneten Ort verhinderten und damit das Gesundheitswesen gefährden. Die Kommission entschied auf Grund des Berichtes, daß den die Bestimmung verletzenden Personen gegenüber „ohne jegliche Auswahl“, also nicht einmal die sich aus der Adligkeit ergebende Immunität akzeptierend eine der Schwere der Lage entsprechende körperliche Strafe, falls notwendig, auch die Todesstrafe angewandt werden kann. Die Entscheidung darüber wurde der Bevölkerung durch Ausruf zur Kenntnis gebracht.

Damit sich der gerufene Beamte in die öffentliche Verwaltung des Komitats einfügen konnte, mußte er die von den ständigen Beamten ausgestaltete Praxis als gegeben hinnehmen und oft die Augen über

schreienden Ungerechtigkeiten zudrücken. Zur Illustrierung der öffentlichen Zustände im Komitat sei erwähnt, daß sogar auch den mächtigen Vizespan „die starke Kette der freundschaftlichen und kameradschaftlichen Bande“ bedrückte, als es dazu kam, die bestürzenden Mißbräuche einzelner Mitbeamter aufzudecken. Von Zeit zu Zeit kamen im Komitat unvertuschbare Angelegenheiten ans Tageslicht. So geschah es, daß ein drei Jahre zuvor freigesprochener und freizulassender Häftling im Komitat Temes erst drei Jahre später freigelassen wurde, im Komitat Pest verkrüppelte ein ebenfalls unschuldiger dreißigjähriger junger Mann für immer, da ihm während der Untersuchungshaft im Wintergefängnis beide Füße gefroren. Wollten wir die schaurigen Beispiele vermehren, brauchten wir nur ein Pesti Hirnap aus dieser Zeit zur Hand zu nehmen, zu der Kossuth die Leitung des Blattes überhatte. Das Komitat verlor von Zeit zu Zeit die Handarbeit des Volkes, ohne dazu das Recht zu besitzen, es war also nicht üblich, den Kommissar des Komitats oder den Iudex nobilium Rechenschaft ablegen zu lassen in den Fällen, wenn Hand oder Fuß oder die körperliche Gesundheit der Steuerzahler den Gegenstand der Untersuchung bildeten.

Der Tafelrichter und Advokat Kossuth fügte sich nicht in den Zempféner Rahmen ein und nahm die dort beheimateten Spielregeln nicht zur Kenntnis. Beweis dafür sind sein Schicksal, seine Verleumdung und das Verlassen des Ortes, an dem er die ersten Schritte unternahm. Vielleicht noch schwerer als der Weg des als Komitatsbeauftragter tätigen Tafelrichters war die Lage des Tafelrichter-Advokats in solchen Fällen, in denen er nicht als Amtsperson, sondern auf Grund der Beauftragung durch eine Privatperson oder auf eigene Initiative vorging: Er bat ums Wort zum Schutz seines Klienten bzw. im politischen Leben. Die Gegenmeinung, die eventuelle Kritik erhielt von der betroffenen Behörde automatisch den Stempel der „Anregung zur Aufwiegelung und Ungehorsamkeit“, und danach führte der gerade Weg zur gerichtlichen Belangung des Advokaten. Es ist möglich, daß schließlich die höheren Regierungsbehörden den in den Schmutz gezogenen Advokaten wieder in seine Rechte einsetzten, doch noch immer bestand Gelegenheit, ihn „Wegen einiger, das Komitat beleidigender Ausdrücke“ zu bestrafen.

Den tatsächlichen Rahmen für die Tätigkeit der Tafelrichter bildete die Gerichtspraxis des (Straf-) Gerichtshofes des Komitats. Das auch von Kossuth kennengelernte und aktiv durchlebte System der Rechtsprechung hatte diejenigen Widersprüche bewahrt, die in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu anachronistischen Rudimenten entstellt wurden.

Der Strafprozeß trug noch den inquisitorischen Charakter an sich, was die Tafelrichter tagtäglich erfahren konnten. Sie sahen und wirkten passiv daran mit, daß die der nachteiligen Unterscheidung teilhaftig werdenden Angeklagten⁶ unter dem Titel des Verhörs gefoltert und unter dem Titel der Beglaubigung eingeschüchtert wurden. Kossuth erfuhr es oft, daß im Laufe des Beglaubigungsverfahrens nach ableiernder Verlesung des Geständnisses des Angeklagten bei der Frage „Ist es so?“ der Haiduche dem Angeklagten einen Stoß ersetzte, der daraufhin hinausging,

wodurch sein Geständnis beglaubigt wurde und er demzufolge verurteilt wurde. Das Verhör der nicht Adligen, die Benevolisierung, stellte bereits ursprünglich oft die gegen den öffentlich Angeklagten angewandte Willkür dar.

Abgesehen von seltenen Ausnahmen war der das Zwangsverhör Durchführende der untersuchende Iudex nobilium. Im Interesse der Entlastung des Strafgerichtshofes fiel ihm ein Teil der richterlichen Tätigkeit zu: die Feststellung und Aufzeichnung der Schäden und Kosten, im Falle körperlicher Verletzung die Einholung des ärztlichen Fundberichtes sowie die Aufdeckung des Auszugs aus dem Personenstandsregister des Angeklagten. Als Zusammenfassung seiner Tätigkeit verfaßt er den Bericht des Iudex nobilium, in dem er für den Gerichtshof den Hergang der Straftat und die bis dahin getroffenen Maßnahmen zusammenfaßt. Nach all dem erscheint derselbe Iudex nobilium auch auf der Verhandlung des Strafgerichtshofes als Spruchrichter. Als harter und voreingenommener Spruchrichter, denn er hat sich ja auch bisher viel „geplagt“ mit den vielen Missetätern, nicht so wie seine Richterkollegen, die fiskalen Tafelrichter, die lediglich bei Eröffnung der Sitzung durch den von ihm gefertigten Bericht von den Ereignissen informiert wurden.

Ein mächtiger und furchterregender Mensch war der die Funktionen der Polizei, des Untersuchungsrichters, Staatsanwalts und Spruchrichters ausübende Iudex nobilium. Kossuth urteilte über Jahre hinweg mit ihnen, vor seinen Augen blieben die Spuren des Knüttels und der Peitsche auf dem Rücken des Angeklagten und an seiner Stimme nicht verborgen, er sah auch den Stoß des Haiducken zur Erzwingung der Einwilligung des Angeklagten. Er trat sicherlich überall mäßigend auf, wo er konnte. Viel konnte er offensichtlich nicht tun, die Betroffenheit, die untätige Entrüstung sammelte sich über Jahre hindurch in dem jungen Zempléner Tafelrichter.

„Alles und immer wird geschlagen... ihre Macht, ihre ganze Autorität stellen sie sich im Knüttel vor“ – faßte er später⁷ die entstelltesten Charakteristika der in Zemplén erfahrenen Rechtsprechung zusammen.

Die Unhaltbarkeit der Willkür des Iudex nobilium wurde auch von der Obrigkeit festgestellt, die auch Maßnahmen dagegen traf. Diese waren jedoch nicht zur Erreichung des gewünschten Ziels geeignet. Der Statthalterrat schrieb wiederholt vor, daß der Iudex nobilium bei der Erledigung von Vergehensangelegenheiten über das von ihm durchgeführte Verfahren ein Protokoll zu führen habe und dies beim Strafgerichtshof des Komitats regelmäßig vorzuzeigen habe. Die 1800 erlassene Verordnung ging offensichtlich nicht in die Praxis über, weil es 1820 erneut zur Pflicht deren gemacht werden mußte, daß sie „exactum protocollum ducant“. Damit sah der Statthalterrat auch die Angelegenheit für erledigt an und alles blieb beim Alten. In den geringeren Angelegenheiten, bei den Vergehen urteilte der Iudex nobilium selbst, ein solches Gesetz aber, welches vorgeschrieben hätte, welche Angelegenheiten als von geringer Bedeutung zu betrachten sind, existierte nicht und daher ergab sich ein weiter Bereich für die Willkür des Stuhlrichters. Im Sinne der Verord-

nung des Statthalterrats Nr. 91.341 aus dem Jahre 1820 konnte er nicht mehr als zwölf Knüppel- oder Peitschenschläge zumessen, was in der Praxis ungezählte zwölf darstellte. Weder das Protokoll noch die Maximierung der Zahl der Schläge führten zu einem Ergebnis, bis nicht der Knüppel aus den Händen des Haiducken entrongen wurde.

„Es ist sonderlich, wie weit wir Menschen Sklaven unseres verstockten Glaubens sind. Wir glauben, den Schuldigen nicht ohne Knüppel strafen zu können, wenn es sich nicht um einen Adligen handelt, daß das Land nicht ohne Knüppel regiert werden kann, ja man vielleicht ohne sie nicht einmal in den Himmel kommen kann“, schreibt Kossuth später bitter.⁸

Es stellt eine charakteristische Eigenheit der in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Europa durchgeführten Straffjudikatur dar, daß die Praxis des Strafrechts in größerem Maße von der Anschauung des vorgehenden Gerichtes bestimmt wurde, als von den durch die Regierung und das Parlament geschaffenen Rechtsnormen. Auf die Notwendigkeit des Zurückdrängens der richterlichen Willkür verwies in Deutschland der Tübinger Rechtslehrer Hepp bei Behandlung der Straffjudikatur der 1840er Jahre.⁹ Wie Kossuth über die ungarische Praxis berichtete, verfügte das Gericht, wenn es ihm so gefiel, im Rahmen eines einzigen Prozesses mehr als zehntausend Knüppelschläge und ließ diese in einer Zahl von fünfzig oder sechzig zumessen, unabhängig davon, wie die gesetzlichen Vorschriften die auf einmal zu erteilende Portion maximierten.

Im Sommer 1827 nahm Kossuth zum ersten Mal als Tafelrichter an der Sitzung des Strafgerichtshofes teil, wo auch die Sache des wegen Brandstiftung verklagten János Török auf die Tagesordnung gelangte.¹⁰

Zum Glück von Török „konnte ihm die Brandstiftung nicht völlig bewiesen werden“, der Verdacht fiel aber „mit Recht“ auf ihn. Wie das Urteil besagt, fluchte und drohte der Missetäter, und der Drohung folgte alsbald das Feuer. (*Post hoc non est propter hoc* – diese einfache Wahrheit wurde aber von den Zempléner Richtern nicht betont, sondern anstelle dessen wurde der ursprünglich wegen Brandstiftung angeklagte Häftling wegen Fluchens und schlechten Betragens zu einem Jahr Kerker von Verkündung des Urteils an verurteilt, in Eisen und bei öffentlicher Arbeit sowie wöchentlich zwei Tagen Fastens „zwecks Zäumung der Gottesschändung und zur Besserung des schlechten Betragens“. Zugleich wurde er dazu verurteilt, bei seiner Inhaftnahme, vierteljährlich sowie auch bei seiner Entlassung je 40, insgesamt 200 Staupenschläge zu ertragen.)

Wir werden nie erfahren, weswegen János Török so lange im Kerker schmachtete und fünfmal je vierzig Schläge ertragen mußte. Der Tafelrichter Lajos Kossuth wußte es vielleicht, und sein erster als Tafelrichter verbrachter Tag wurde jedenfalls von dieser Angelegenheit beschattet. Aus den Schriftstücken geht nicht hervor, wie lange Török vor der Verhandlung in Haft war, wenn er innerhalb eines halben Jahres vor seine Richter geriet, hatte er bereits Glück. Der eigentlich freizusprechende Angeklagte verbrachte annähernd ein anderthalbes Jahr unschuldig im Komitatsgefäng-

nis, denn wegen Fluchens hätte er zu derzeit eigentlich mit einer einfachen Prügelstrafe wegkommen müssen. Sein „schlechtes Betragen“, von dem wir nicht wissen, ob er es vor oder während der Verhandlung bekundete, konnten lautere Worte, eine selbstbewußte Antwort oder etwas ähnliches bedeuten. Wir wissen nicht in welchem Maße wir die im Urteil des Strafgerichtshofes lesbare Feststellung Kossuth zuschreiben können, daß Török der Verübung der Straftat nicht überwiesen werden konnte. Diejenigen, die dafür stimmten, retteten ihn vor dem sicheren Tod. Mit einer Stimme war wenigstens auch Kossuth daran beteiligt, ebenso wie sein Tafelrichterkollege Ferenc Kazinczy.

Am 27. Juni 1827 erschien Lajos Kossuth zum zweiten Mal als Tafelrichter vor dem Gerichtshof des Komitats. Auch an diesem Tag sah er sich der Körperstrafe gegenübergestellt. Es wurde angeordnet, die in Zemplén gefangen gehaltenen Komplizen eines Wegelagerers aus dem Komitat Abaúj nach Abaúj zu begleiten, die – es handelt sich um zwei Zigeuner – der zynischen Formulierung des Protokolls zufolge „nach lange dauerndem Ausfragen“ eingestanden, daß sie den Raub zusammen mit der in Abaúj gefangen gehaltenen Person verübt hatten. Da es sich um Komplizen handelte, wurden die Zempléner Häftlinge zusammen mit den sie belastenden Schriftstücken nach Abaúj gebracht, damit das andere Komitat ihnen ihre Strafe zumißt und zugleich für die Verbringung der rückständigen, in Zemplén festgesetzten Haft sorgt. Dem Zeugnis der sie begleitenden Schriften zufolge hatten sie ihre am Ende des zweiten Vierteljahres, im Juni fällige Angarica, je 30 Peitschenhiebe, bereits in Zemplén erhalten.

Die Peitsche als Mittel der Angarica läßt ahnen, daß es sich bei den zwei Häftlingen um sehr junge Zigeuner handelt, da sie sonst Knüppelhiebe erhalten hätten. Das eilige Verfahren des Zempléner Schlägervirtuosen, in dem er die noch kaum fälligen sechzig Schläge verteilte, läßt darauf schlußfolgern, daß ihm für die Schläge eine bestimmte Summe zustand, diese Einnahme wollte er offensichtlich nicht seinem Kollegen in Abaúj überlassen.

Dem wirklichen „Mittelalter“ seiner Tafelrichterschaft begegnete Kossuth am dritten Tag, am 30. Juni. Der Strafgerichtshof griff zur Bändigung des Adligen András Czeper zu den letzten Mitteln: er verurteilte ihn zu drei Jahren in Eisen zu verbringender Haft, erschwert durch wöchentlich zwei Tage Fasten und das erste Vierteljahr hatte er „im dunklen Einzelkerker“ zu verbringen. Im ungeheizten, eiskalten und dunklen Kerker erlebte der Adlige András Czeper kaum das Frühjahr 1828. Seine Strafe war damit jedoch nicht beendet: Es wurde verfügt, daß er an denjenigen Tagen, an denen in Sátorajújhely Landesmarkt abgehalten wird, er dorthin zu führen sei und mit einer Aufschriftstafel am Hals von 9 bis 12 Uhr dort „anderen als abschreckendes Beispiel“ zu stehen habe, als Gotteslästerer und Verächter des gesetzlichen Gerichtes.

Vielleicht wurde es durch diese Angelegenheit Kossuth zum ersten Mal bewußt, wie riesig die Macht des Komitats ist. Die Hauptsünde des adligen Angeklagten bestand offensichtlich nicht darin, daß er betrunken

geflucht hatte, seine Frau schlug und bedrohte. Wir vermuten eher, daß es die Äußerungen waren, in denen er das Komitat beleidigte, die sein schreckliches Schicksal hervorriefen. Seine das Komitat beschimpfenden Sätze wurden im Protokoll zwischen den Flüchen festgehalten, dann wurde er im Grunde genommen zum Tode verurteilt. Bis seine Berufung vorgebracht und entschieden werden konnte, hatte ihn der dunkle Kerker unter den Umständen der winterlichen Jahreszeit vernichtet. Im übrigen verkrüppelten auch viele und gingen in den kalten Wintergefängnissen zugrunde, ohne daß ihnen dieses Schicksal bewußt und überlegt zugeacht wurde. Vor den Augen des 25 jährigen Advokaten und Tafelrichters brach ein Leben, ein Leben eines Adligen deswegen zusammen, weil es vom Komitat als sein Feind betrachtet wurde.

Das Komitat konnte auch eine drohende und düstere Macht sein. In der Schutzbastei der Verfassung verbargen sich auch Gefängnishöhlen, aus denen es keine Flucht gab. Die Humanität war ein seltener Gast in der Welt der Prügelstrafe, sie erstreckte sich höchstens bis dahin, daß von der Peinigung der Elendsten abgesehen wurde.

Allein im Jahre 1827 nahm der junge Lajos Kossuth an sechzehn Sitzungstagen des Gerichtshofes teil und gab bei der Fällung von wenigstens anderthalb hundert Strafurteilen seine Stimme ab. Beim Lesen der Protokolle des Strafgerichtshofes des Komitats stoßen wir auf keine solchen Angaben, die sich der Person nach auf die Rolle von Kossuth beziehen würden bzw. seine Stellungnahme als Richter widerspiegeln würden. Dennoch fühlen wir uns nicht ratlos, wenn wir die Kossuthsche in der Tätigkeit des Gerichts suchen wenn wir seine persönliche Stellungnahme im Beschluß der Körperschaft suchen. Seine spätere publizistische Tätigkeit macht es unzweifelhaft, daß bereits der junge Kossuth energisch gegen die Unmeschlichkeit, die Willkür sowie die Äußerungen der von ihm erkannten Aberglauben eintrat. Deshalb wännen wir bei der Untersuchung der einzelnen Angelegenheiten seine Fragen herauszuhören und ahnen, wie er gestimmt hat. Wir wissen über seinen Anteil bei der Fällung des Urteils,¹¹ mit dem eine unschuldig ins Gefängnis geworfene und dort vergessene (!) Frau nicht nur freigelassen wurde, sondern auch dafür gesorgt wurde, daß der Oberstuhlrichter „ihr auch den Lohn für ihre seit ihrer Inhaftierung entfallenen Dienste zu zahlen hat.“ Der Gerichtshof und demzufolge auch Kossuth nahm trotz dessen und gerade deswegen so Stellung, daß die Frau von einem Prinzipalen des Advokaten Kossuth, dem Szerdahelyer Gutsverwalter des Barons Pál Vécsey eingesperrt wurde. Das Urteil des Gerichtes verfügt auch, daß der unschuldig inhaftierten jungen Frau sofort die ihr eigenmächtig weggenommenen Kleidungsstücke zurückzugeben sind. Die zum Schaden der Unschuldigen brutal ihren Unfug treibende Willkür des Gutsverwalters war für Kossuth unerträglich, wie dies seine späteren, sich mit den „Herren“ und „Schlägervirtosen“ beschäftigenden Schriften beweisen. Wir haben keinen Grund daran zu zweifeln, daß dies während der Sitzung des Strafgerichtshofes nicht anders war, auch wenn Kossuth seine Meinung im wortkargen Protokoll der Stellungnahme der richterlichen Körperschaft verbirgt.

Wir haben aber keinen Grund dazu, zu vermuten, daß die Humanität Kossuths und sein auf die Gesamtheit des Gerichts ausgeübter Einfluß ausgereicht hätten, um die Tätigkeit des Strafgerichtshofes entscheidend zu beeinflussen. Wenn wir die Beurteilung der Fragen vergleichen, die von Adligen, Adligen und Personen mittleren Ranges bzw. nur von Personen mittleren Ranges an den Gerichtshof richteten, und unter Hinsicht auf die Sommerarbeit um Erlaubnis baten, ihre Haftzeit auf den Winter zu verschieben, so erscheint es, daß die adligen Ersuchen mehr Erfolg hatten als die der des Mittelstandes. Typisch war, daß unter „würdiger Beachtung“ der Bitte des Adligen das Gericht neben einer sicheren Kautio ihre Freilassung verfügte,¹² sowie ihre Einberufung für den. 1. Dezember, während die Ersuchen des Mittelstandes damit erledigt wurden, daß „kein Grund zur Veränderung des Urteils gefunden wurde und das Ersuchen des Bittstellers nicht erfüllt wird.“¹³

Die unter Kautio erfolgende Freilassung war keine seltene Erscheinung in der Praxis des Zempléner Strafgerichtshofes, es wurde ein besonderes Verzeichnis von den Personen angelegt, die anstelle der Haft freigelassen wurden. Der Beschluß darüber schrieb zwar in jedem Fall die Verpflichtung der Betreffenden vor, sich zum gegebenen Zeitpunkt im Interesse der Antretung ihrer Freiheitsstrafe zu melden, doch handelte es sich hierbei kaum um eine zweckmäßige Bestimmung. Es wurde erforderlich, daß der zweite Vizegespan in Übereinstimmung mit dem Strafgerichtshof dafür sorgte, daß der Oberfiskalis sämtliche bedingt freigelassenen Personen für irgendeinen Sitzungstag des Gerichtshofes bestellte, um „über ihre Freilassung neben Kautio oder ihre sofortige Verhaftung“ entscheiden zu können.¹⁴

Kossuth, der junge Tafelrichter und Advokat erkannte – in erster Linie von der Humanität geleitet – die Mißlichkeiten der Praxis des Strafgerichtshofes, in dem Medium, in dem er selbst auch an dieser Praxis teilnehmen mußte. Er befand sich jedoch nicht in der Lage, die Praxis der Rechtsprechung auf der Stelle umzugestalten oder beträchtlich zu verändern. Er mußte zum Beispiel zur Kenntnis nehmen, daß das Gericht im Falle von mehreren Tätern nicht die Schuld je Person abmißt und im Vergleich dazu die Strafe verhängt, sondern dem Haupttäter eine proportionierte Strafe zumißt und in Hinsicht der Mittäter einen Teil der für den ersten festgelegten Strafe im Verhältnis der Hälfte, des Viertels und des Achtels zumißt. Vermutlich wurde auch durch die Stimme Kossuths das Urteil bekräftigt, in dem die vier „Beklagten“ so bestraft wurden, daß der erste unter Beachtung der Umstände zwei Jahre Haft erhielt, die anderen aber ohne jegliche Begründung ein bzw. ein halbes Jahr Haft und der vierte dreißig Peitschenschläge.¹⁵

Die in den Zempléner Gefängnissen herrschenden Verhältnisse lernte der Tafelrichter-Advokat Kossuth im Alter von 25–26 Jahren kennen. Er ließ dies nie dahingestellt sein. In Gegenwart Kossuths beschäftigte sich am 12. November 1827 der Strafgerichtshof mit der Klage des Festungskapitäns, der meldete, daß der bisherige Festungsmajor Ferenc Göcze mit der Einrichtung des Kerkers nicht abrechnen will und kann

und nicht einmal das Verzeichnis der Häftlinge vorzeigt. (Auch die beschlagnahmten Beweisstücke befanden sich an unbekanntem Ort.) Der wahrscheinlichste Grund dafür war — wie dies, sich aus der Maßnahme ergebend, auch vom Gericht vermutet wurde —, daß der Major kein Häftlingsverzeichnis führte, die Einrichtung des Kerkers und die wertvolleren Beweisstücke aber unterschlagen hatte.¹⁶

Der Gerichtshof verfügte einen dreitägigen Termin zur Abwicklung der Übergabe. Die Art der Lösung bestand darin, daß unter Leitung des Tafelrichters Balásházy eine Kommission entsandt wurde, deren Aufgabe darin bestand, zusammen mit dem ehemaligen Festungsmajor die Versäumnisse nachzuholen: „Von Kerker zu Kerker soll jeder Häftling in ein Verzeichnis aufgenommen und notiert werden, wann er hereingekommen ist, woher er stammt, ob er verurteilt ist oder nicht, und hinsichtlich der Verurteilten auch, wann die Zeit des Urteils abgelaufen ist und ebenso soll dem jetzigen neuen Festungskapitän alles zusammen mit den zum Kerker und zum Komitatshaus gehörenden Werkzeugen, Eisen, Blechen, Schlössern und Corpus Delicti übergeben werden. . .“

Der ehemalige Festungskapitän hätte bei der Anfertigung des Verzeichnisses nicht einmal in die Nähe gelassen werden dürfen, sondern im Laufe derer hätten gerade seine Mißbräuche und Versäumnisse aufgedeckt werden müssen. Er wurde aber vom Komitat nicht als Feind, sondern als alter Kumpan betrachtet und in einem solchen Fall war es nicht üblich, streng vorzugehen, obwohl als Ergebnis der Handlungen von Göcze eine solche Lage entstand, daß eine Kommission aufdecken und von den Häftlingen aufgrund ihrer Aussagen ins Protokoll aufnehmen mußte, wann diese ins Gefängnis gerieten und wann sie freigelassen werden. Die Maßnahme des Strafgerichtshofes hatte zum Ergebnis, daß der neue Festungsmajor auf Grund der Liste, die nach den Aussagen der Häftlinge aufgestellt wurde, entschied, wann sie entlassen werden. Wer hätte Zeit dazu gehabt, die im Archiv befindlichen Protokolle nachzusehen, wer wäre dem Stuhlichter ungelegen gekommen, um die fehlenden Angaben einzuholen? Vielleicht wurden auch die Felder des vorsitzenden zweiten Vizegespans von den, durch den Festungsmajor zur Arbeit geleiteten Häftlingen gehackt?

Ein Vierteljahr danach, daß von der Komitatskommission das neue Häftlingsverzeichnis angefertigt wurde und sämtliche Häftlinge ausgefragt waren hätte in Zemplén eigentlich Ordnung herrschen müssen. Da stellte sich heraus, daß seit einem halben Jahr ohne jegliches Verhör eine unglückliche Frau in Haft gehalten wird, die schuldlos gefangen gehalten wurde, weil sie eigenmächtig einige Kleinigkeiten zurücknahm, die ihr rechtswidrig beschlagnahmt worden waren. Es war vielleicht dieser Fall, bei dem Kossuth verstand, daß das Amt des Tafelrichters mehr bedeutet, als nur Teil zu nehmen an der Fällung des die Angelegenheit so oder so abschließenden Urteils.

Obwohl Kossuth den Stock noch so sehr haßte und ihn für eine ungerechte und zugleich zwecklose Strafe hielt, mußte er ihn und seine ausgedehnte Anwendung solange er Tafelrichter des Komitats war, vorläufig zur

Kenntnis nehmen. Er mußte am 1. September 1829 bei der Strafgerichtssitzung anwesend sein, bei der vom Gericht mit primitiver List die Art und Weise beschlossen wurde, wie ein an einem Bruch leidender Häftling dennoch geschlagen werden könne.¹⁷

Die vierteljährliche Portion an Stockschlägen wurde fällig, da von der Haft des György Szoták „dreißig und drei Monate“ vergangen waren. Vor Durchführung der Züchtigung stellte aber der Stuhlrichter fest, daß der Häftling an einem Bruch leidet, und stellte daher die Durchführung ein. Der Fall kam dem zweiten Vizegespan zur Kenntnis, der das im Weg der Durchführung der Körperstrafe stehende Hindernis gesundheitlicher Natur entfernte. Im Auftrag des zweiten Vizegespans fertigte ein Feldscher solche „aufklemmenden Riemen“ an, die auf die Lenden des Häftlings geschnürt dessen Bruch hielten und zugleich den Kranken dazu geeignet machten, die die Stockschläge ersetzende Auspeitschung auf seinem Rücken zu ertragen. Das traurige Protokoll schließt damit ab, daß „die den Bruch zweckmäßigerweise angefertigten aufklemmenden Riemen werden zwecks weiterer Nutzung dem Festungsmajor des Komitats zur Bewahrung übergeben und ihr Preis... wird von dem Geld bezahlt, welches aus der öffentlichen Arbeit der Häftlinge eingenommen wird.“

Im Februar 1828 behandelte der Zempléner Strafgerichtshof die Sache des József Stein und der Rozália Schwarz, die wegen „Vagabundierens ohne jeden Passus“ angeklagt waren. Da nicht einmal der Verdacht der Verübung irgendeiner gesetzwidrigen Handlung auftauchte, wurde vom Gericht ihre Freilassung festgesetzt.¹⁸ Was die Kosten anbetraf, wurde jedoch dem Unterstuhlrichter belassen, den Wagen und das Pferd der Bezeichneten meistbietend zu verkaufen und das so eingeflossene Geld zur Ausgleichung der Unterhaltskosten der Häftlinge zu verwenden. Was „übrigbleibt“, soll Stein erhalten. Wer weiß, welcher Zwang diese zwei Menschen auf den Weg trieb, auf den Weg, den nur bis Zemplén führte. Bei Abfahrt waren sie fast noch vermögend, hatten einen Wagen und ein Pferd, und dann — ohne daß sie auch nur irgendetwas verbrauchen hätten — wurden sie gefangen genommen und konnten, zu ihrem Glück, bettelarm weiterziehen. Für die Abrechnung war der Unterstuhlrichter nur seinem Gewissen verpflichtet...

* * *

Der Tafelrichter und Advokat Lajos Kossuth legte in den 30er Jahren einen langen Weg zurück, als „Reporter“ redigierte er die Berichterstattungen vom Parlament (Országgyűlési Tudósítások), wirkte als Advokat und Politiker in Pest und wurde von der Reaktion am 5. Mai 1837 ins Gefängnis geworfen. Als Ergebnis des ausdauernden Kampfes der Komitate, unter ihnen in erster Linie Pest, wurde er im Mai 1840 aus der Haft entlassen und führte erneut eine Rechtsanwaltspraxis und politisierte. Nach seiner Befreiung war er mehrere Monate lang Redakteur des Blattes des Druckereibesitzers Landerer, des Pesti Hírlap.

Nach und neben einigen Monaten Praxis als Advokat begann Kossuth mit der außerordentlich zeitaufwendigen Redaktion des *Pesti Hírlap*. Die Arbeit, die Kossuth in 1841er Jahrgang des *Pesti Hírlap* durchführte, indem er die von den Berichterstattern zur Praxis der Rechtsprechung eingesandten Materialien ordnete, sie mit Notizen versah und sich dazu äußerte, und wie er einzelne hervorragende Gebiete des Strafrechtes und des Strafverfahrensrechtes selbst erforschte und der öffentlichen Meinung darlegte, verraten nicht so sehr die kühle Objektivität des Theoretikers, sondern die oft unwürdig in den Hintergrund verdrängte Leidenschaft des Rechtsanwaltes. Die Schlägervirtuosen, die tyrannischen Stuhlrichter, die zum Urteilen unfähigen, lediglich Strafen verteilenden „Richter“ werden von solch einem Menschen an den Pranger gestellt, der bei der Erfüllung seines Berufes von diesen Figuren mit jedem Mittel behindert wurde. Gleichzeitig war Kossuth davon überzeugt, daß seine Tätigkeit moralisch und fachlich die derjenigen übersteigt, die seine Vorschläge und seine Kritik aus der Loge der jahrhundertealten Vorrechte zurückweisen. Der das *Pesti Hírlap* redigierende Lajos Kossuth geriet in die Lage seine moralische Entrüstung ausdrücken und der öffentlichen Meinung unterbreiten zu können.

Das in der Redaktion Kossuths erscheinende *Pesti Hírlap* erwies sich als ein solches wirksames Forum, mit dessen Hilfe das neue Reformprogramm nicht nur auf Bejahung, sondern auf Komitatsebene auch auf schnelle Realisierung rechnen konnte und mit seinem Tempo die bisher Liberalen zu Konservativen qualifizierte. In der Frage der Öffentlichkeit zum Beispiel wurde ohne Ausnahme von jedem beigestimmt, daß das Gerichtsverfahren öffentlich werden soll, doch unter Hinsicht auf die Umstände und allmählich. Dieser Standpunkt stellte aber im Gegensatz zu den entschlossenen und eindeutigen Vorschlägen von Kossuth eine zurückziehende Kraft, Konservativismus dar, Berufung darauf, daß „unter unseren Umständen“ die Allmählichkeit begründet ist. Unter den von Kossuth im *Pesti Hírlap* veröffentlichten schwungvollen Vorschlägen stellen wir, ihrem Thema nach gruppiert nur diejenigen hauptsächlichsten Bestrebungen vor, mit denen er erreichen wollte, daß unsere Strafrechtsprechung zeitgemäßer, menschlicher und zugleich wirksamer wird.

„... zur Hemmung der angeschwollenen Verbrechen und zur Besserung der Menschen ist unser System trotz aller Strenge nicht geeignet“, teilt der Redakteur die Feststellung des Borsoder Berichterstatters mit. Das Bestreben zur Abschreckung erwies sich als ergebnislos, der Stock, die Rute, die Peitsche, der Pranger und die Schuppe, die „hervorragenden Instrumente“ der Abschreckung, waren der hiesigen Praxis nicht gerade fremd. Wie hätte auch diejenige Praxis der Besserung der Menschen dienen können, von der man hielt, daß sie nicht nur die Angeklagten, sondern auch die Richter mitnimmt, daß es zweckmäßig ist, der Strafgerichtsbarkeit für immer zu entfliehen. „... das Menschenherz wird zu Stein und abgestumpft von dem immerwährenden Elend, und im Richter geht der Mensch verloren...“, ist Kossuth besorgt. Dagegen haben sich vielleicht die Tafelrichter geschützt, die ihrer Teilnahmepflicht am Strafgerichtshof

nur unregelmäßig genügten? Sie nehmen die ehrende Ernenung zum Tafelrichter an, dann „...kommen sie und verbringen ihre an die Reihe kommende Woche — allerdings mit häufigen Reminiszensen ans Hemiweh —, nehmen ihr Tagegeld entgegen und gehen heim.“ Die Stühle sind nur dann nicht leer, solange die Namen der Anwesenden festgestellt werden, einige der Advokaten unter den Tafelrichtern beschäftigen sich bereits während der Verhandlung mit ihren eigenen Prozeßangelegenheiten, sie sind nur physisch anwesend, solange sie anwesend sind, genauso wie die Stuhlrichter. Auch die Stuhlrichter hätten vieles zu tun, sie sind von den bürokratischen Lasten der Administration bedrückt sowie den eiligen Verwaltungsaufgaben, von diesen werden sie in Anspruch genommen und nicht von den gerade verhandelten Strafsachen.

Die Strafrechtsprechung der Komitate wurde im Rahmen einer solchen primitiven richterlichen Organisation verwirklicht, die von vorherein zur menschlichen Aufdeckung der Wahrheit nicht geeignet war. Auch der Beschluß des Gerichtes verdient nicht die ehrende Bezeichnung „Urteil“, denn wie der zeitgenössische Kritiker im *Pesti Hírlap* darlegte: „Wir urteilen nicht, wir verteilen die Qualen des Gefängnisses, den Stock, das Eisen, die Eins, Fasten, öffentliche Arbeit und an einem Tag auch viermal den Tod...“ Die Richter betrachten auch hinsichtlich der Strafen sehr voneinander abweichende Arten und Maße als gerecht: in ein- und demselben Kollegium schlug der eine Richter eine Rüge als Strafe vor, der andere die Todesstrafe. In der Arbeit des Gerichtshofes waren von Fall zu Fall schreckliche Nachlässigkeiten zu erfahren: die Zeugen wurden eingesperrt und der Täter auf freiem Fuß gelassen, die dem Sohn verhängte Strafe wurde vom Vater ausgestanden usw.

Dort, wo am Stragerichtshof solches vorkommen kann, kann man nicht wundern, daß im Jahre 1841 vor dem Zivilgerichtshof ein solcher Prozeß geführt wurde, der noch zur Zeit Maria Theresias eingeleitet wurde, also seit 1778, d.h. seit 63 Jahren im Gang war. Die Zivilgerichtshöfe plagten sich mit den unterschiedlichen Arten der Beleidigungen, analysierten, welche Strafe die Person verdient, die von einem Adligen behaupten würde, er sei Angehöriger des Mittelstandes. Die Strafprozesse haben nicht gerade bewiesen, daß sich die Adligen fern vom Verbrechen halten, im Gegensatz zu den Besitzlosen. Die Lage war gerade umgekehrt: im Komitat Gömör zum Beispiel war der ein Zwölftel der Bevölkerung ausmachende Adel bei den Straftätern mit einem Fünftel vertreten. Wie kann mit diesen Tatsachen die Behauptung derer in Einklang gebracht werden, denen zufolge es noch zu früh ist, dem Volk Rechte zu geben, da es weniger reif, moralisch und erzogen ist, als der Adel? — fragt sich das *Pesti Hírlap*. Mit der Mitteilung der mutigen und anschaulichen Erläuterungen des Komitatskorrespondenten und ihrer Würdigung in Notizenform suggeriert Kossuth die Antithese: die Standesunterscheidung ist auch in der Rechtsprechung veraltet, unbegründet und unhaltbar.

„...gerade deswegen, weil die traurigen Ergebnisse unserer Stragerichtbarkeit dem System selbst entstammen, wird in uns, umso mehr wir denken, immer stärker die Überzeugung, daß die vom heiligen Namen

des Rechts und der Wahrheit geforderte Abhilfe nur unter gründlicher Umgestaltung unseres gesamten Strafverfahrens durchführbar ist.“¹⁹ Damit konnte der Publizist auch abschließen. Der Kossuthsche Pathos jedoch bleibt an diesem Punkt nicht stehen. Wie er schreibt, tut es weh, unsagbar weh, daß sich dieses Wort keinen Weg ins Leben verschafft. Und er grübelt, wie es geschehen konnte, daß das, „was wir zwar mit schwacher Feder, aber in solchen, dem nackten Leben entlehnten Zügen“ geschrieben haben, keine Früchte trägt? Er prozessiert zugleich mit der Gleichgültigkeit, der Verständnislosigkeit und der Macht der Gewohnheit: Er findet es unerträglich, daß das was er geschrieben hat, bereits „vom Morgen in Vergessenheit gerät“, noch bevor der Inhalt durchgelesen, überdacht und realisiert worden wäre. Wie ist es möglich, stellt er sich selbst die Frage, daß erfahrene Männer mit guten Absichten mit so etwas argumentieren, was augenblicklich vielleicht ihrer Bequemlichkeit dienen kann, zugleich aber die Gefahr der Willkür in sich birgt? Er grübelt so über den Grund der Argumente, denen zufolge es im Fall „untrügbarer“ Verdachtszeichen ebenfalls begründet ist, einen „kleinen“ Zwang anzuwenden, da sonst „nie auch ein kleines Vergehen dabei herauskommt“.

Die königliche Tafel verhandelte am 2. März 1841 die aus dem Komitat Szabolcs appellierte Strafsache des adeligen Pál Lörinczy und seiner 19 Komplizen. „Mit tiefer Ehre verneigen wir uns vor der sorgfältigen Gerechtkeitsliebe, die aus jedem seinen Worte spricht“, schreibt Kossuth in seinem Leitertitel unter dem Titel Strafprozeß, „doch mit wehevолlem Mute bedauern wir, daß es Gelegenheit zu solch einem Urteil in unserem Lande geben konnte.“ „In Szabolcs wurden zwei Angeklagte zum Tode verurteilt, vier zu dreijähriger, die anderen zu kürzerer Haft, ohne das sie im Prozeß einen Verteidiger gehabt hätten oder daß in die Akten auch nur ein Wort zu ihrer Verteidigung eingetragen worden wäre.“ Aloyz Zalay, der Landesspruchrichter und Vortragende der königlichen Tafel schließt sein Urteil, mit dem er den Beschluß des Komitatsgerichtshofes außer Kraft setzt, damit ab, daß er verfügt, die Akten dem Gerichtshof des Komitats zurückzusenden, damit „ein neueres Urteil gefällt werden kann“. Zalay legt mit beispielhafter juristischer Präzision das alle Mißlichkeiten der Komitatsstrafprozesse in sich enthaltende Urteil auseinander, deren Verfasser nicht wahrlich geurteilt haben, sondern nur Strafen verteilten. Auch wurden zwei Personen unter solchen Umständen zum Tode verurteilt, unter denen die vom klagenden offiziellen Advokaten eingereichten Schriftstücke nur zu einem Teil numeriert waren und ihr unnumeriert gebliebener größerer Teil auf die Angeklagten und die Straftat mit keinem Wort erwähnt wurde. Im gleichen Urteil wurden die Fehler so zum Schadenersatz verurteilt, daß sie vorangehend nicht einmal verhört wurden.

Von Kossuth wurde auch der Umstand in Betracht gezogen, daß das Urteil der königlichen Tafel nicht in einem typischen Strafprozeß, sondern im Laufe der Beurteilung eines Grenzfalles entstand, seine Kritik galt nicht dem typischen Verfahren, sondern den im Rahmen des Strafverfahrens erfolgten Mißbräuchen. Dies wurde von ihm jedoch nicht als

Entschuldigung gewertet. Er war der Ansicht, daß das System der Strafrechtsprechung die Möglichkeit solcher Mißbräuche ausschließen muß, da dort, wo der Szabolcsi Gerichtshof auch in der Weise seine richterliche Obrigkeit ausüben kann, dort ist das ganze System der Gerichtsbarkeit in seinen Wurzeln schlecht. „... wenn einmal geschah, was nicht geschehen mußte, gesellt sich auch noch zur Abhilfe die heillose Grausamkeit, daß einige Übel in die Länge gezogen werden, die sie selbst mit Recht tadelte. Wie dies im vorliegenden Fall mit denen geschieht, die ihr Urteil in Haft erwarten...“

Von rechtshistorischen Standpunkt aus erscheint die Rangordnung, mit der sich Kossuth bemüht, die Reihenfolge der Aufgaben festzusetzen, außerordentlich interessant: Er ist der Meinung, daß im Laufe der Reform des Strafrechts zuerst die Ordnungsregeln ausgearbeitet werden müssen, die die Bestrafung unschuldiger Personen verhindern, erst dann kann es zur Philosophierung über das Strafziel kommen, zur Anordnung der Strafarten, zu all den Fragen, die sich darum drehen, wie der Schuldige zu bestrafen ist. „Die Ordnung des Strafverfahrens, die Struktur des Strafprozesses ist vielleicht am wichtigsten...“

Was die Struktur des Strafprozesses betrifft, so besagte der Leitartikel: Zzallererst erachtet er die Geltendmachung der Öffentlichkeit für unerläßlich, einer solchen Öffentlichkeit, die sich auch auf das Verhör und die Fahndung erstreckt; zum zweiten erwähnt er die auf das System der Kreuzfragen aufgebaute Mündlichkeit: „Ohne diese zwei Sachen gibt es auf diesem Gebiet kein Heil. Bei jedem anderen System müßte die Garantie in der Persönlichkeit gesucht werden, und das ist, wie wir gesehen haben, welch traurige Garantie.“ Die Öffentlichkeit und die Mündlichkeit sind nur gemeinsam anwendbare Garantien, eine wäre ohne die andere nur eine halbe Lösung. Als dritte Garantie wünscht er die Geltendmachung des Prinzips, daß nur der Richter im Prozeß urteilen kann, vor dem das Prozeßverfahren abgelaufen ist, und nicht, wie dies in der Praxis dieser Epoche oft erfolgte, daß der einze Gerichtshof die Aussagen der Zeugen und der Angeklagten beglaubigte (es war schon die Rede davon, wie dies geschah), das Urteil wiederum wurde von solchen Richtern gefällt, die nicht daran teilgenommen hatten. Und zum vierten forderte er, daß ähnlich zu dem Verfahren vor dem Schwurgericht, ein anderer über die Schuld und wieder ein anderer über den Strafmaß zu entscheiden habe. „Und schließlich, zum fünften, ganz gleich, welches System wir annehmen, soll zwischen Mensch und Mensch hinsichtlich der Wahrheit kein Unterschied bestehen. Was wir Adlige für uns fordern, daß unsere Person frei und sicher von Pein, Verfolgung, Unterdrückung, Unwürdigkeit sein soll — lassen wir dies jedem unserer Mitmenschen zukommen... Wünschen wir nicht herzlos, daß auch die heilige Wahrheit nur ein Privileg sein soll.“

Der erstrangige Mangel der Strafrechtsprechung bestand der Beurteilung Kossuth zufolge darin, daß sie die Öffentlichkeit ausschloß. „Gebt mir solche Richter, welche ihr wollt“, zitiert Kossuth eine französische Meinung in seinem Leitartikel, „seien sie nachlässig, seien sie voreinge-

nommen, seien sie bestochen, seien sie meine Feinde, von mir aus; nur sei erlaubt, daß sie nichts auf andere Weise tun können, nur vor den Augen des Publikums.“ Er erwartet von der Öffentlichkeit im Rahmen der Strafrechtsprechung eine wunderbare Wirkung: Dadurch, daß das Verfahren der Gerichtshöfe in Komitaten und Städten öffentlich wird, werden automatisch die im Verfahren zu spürende Nachlässigkeit, Oberflächlichkeit und das Aufbrausen beseitigt, meint Kossuth. Und auf die bürgerliche Gesellschaft wird die Öffentlichkeit deswegen eine außerordentlich heilvolle Wirkung ausüben, weil sich als deren Ergebnis dessen das Publikum nun der Wahrheit der Urteile mit Vertrauen zuwenden wird. Über das Verfahren der Richter wird sich das Publikum unbedingt eine Meinung bilden, so muß es ihm ermöglicht werden, daß es sich eine richtige Meinung bilden kann.

Der Einwand, daß die Kritik des Publikums dem Ansehen der richterlichen Urteile schade, ist falsch und unbegründet. Die Wahrheit ist gerade umgedreht. Gerade die geheimen Gerichte: der Rat der Zehn, die Inquisition und das Vehmegericht haben dahingehend gewirkt, daß die Erinnerung ihnen vielleicht die Verübung von noch mehr Sünde zuschreibt, als begründet wäre. Die geheimen Gerichte kompromittieren sich selbst und werfen schlechtes Licht auch auf die Regierungen, in deren Interesse sie ihre Tätigkeit ausüben. Gerade England ist der Beweis dafür, daß die Öffentlichkeit dem Ansehen der Richter nicht nur nicht schade, sondern dessen unerläßliche Voraussetzung darstellt.

Die Einführung des öffentlichen Verfahrens ist natürlich nicht einfach eine Frage der Entscheidung. Zur Abhaltung der öffentlichen Verhandlung sind Räume von entsprechender Einrichtung erforderlich, Nebenräume für die Richter und diese Voraussetzungen waren bei der Mehrzahl der Komitate nicht gegeben. Zur öffentlichen Verhandlung können die Angeklagten nicht in der „Geige“ vorgeführt werden, wie dies in einigen Komitaten üblich war: ihr Hals und ihre Hände waren in einen Holzreiß gesperret und so warteten sie massenhaft, bis sie gerufen wurden. („Vielleicht deswegen“, schreibt Kossuth, „weil der Tyrann, Herr und Richter fürchten mußte, weil er Grund zum Fürchten hatte, daß der, den er mit den Faustrecht zum Gefangenen gemacht hat, ihm mit seinen lang gewachsenen Nägeln in die Augen fährt, auch wenn er dafür mit seinem Leben zahlen muß.“) Im Rahmen des öffentlichen Verfahrens konnte der Gerichtshof nicht für Wochen vertagt werden, die Verdächtigten in Ketten in ihrem Kellergefängnis darauf warten, daß sie an die Reihe kommen und vor ihre Richter treten können. Die Öffentlichkeit des Verfahrens ist die wirksamste Waffe gegen die Willkür, die Gewalttätigkeit und viele sonstige andere Äußerungen.

Die Geheimtuerei, das Nach-innen-gewendet-sein ist die Brutstätte der Mißbräuche. Einige Behörden sind bestrebt, die Vorbringung von Klagen in jedem Fall zu erschweren, ja sogar gefährlich zu machen. Die „winzigen Tyrannen“ finden Gelegenheit, dem Vorbringer der Klage bitterlich spüren zu lassen, daß er sich zu beschweren wagte, nicht wortlos die militärische Willkür ertrag oder die erbarmungslosen Stockschläge.

Die Furcht vor der Öffentlichkeit beweist deren Gefahr für die Willkür. Die Öffentlichkeit und die auf deren Grundlage sich herausbildende öffentliche Meinung können dahingehend wirken, daß der Nimbus einzelner örtlicher Organe und regionaler Einheiten zerstreut wird, es kann sich herausstellen, daß „trotz des geschriebenen Gnadentrostes das praktische Leben elendige Knechtschaft aufweist, solche Knechtschaft, von der uns kein Begriff war.“

Der Leitartikel unter dem Titel „Wieder ein Schlägervirtuose und sein Tyrann“ nennt die folgende Ereignisreihe einen aufrührerischen Mißbrauch mit der richterlichen Gewalt. Vor den Stuhlrichter geriet der Ehemann, der wegen Streites mit seiner zweiten Ehefrau angeklagt war. Als er sich zu seiner Verteidigung äußern wollte, schlug ihn der Haiducke auf Wink des Stuhlrichters ins Gesicht, dies wiederholte sich, schließlich wurde er gnadenlos mit dem Stock geschlagen, weil er entrüstet sagte: „gut, gut!“ Schließlich wurde er für einige Tage in Eisen in die Wachstube eingeschlossen. Der Stuhlrichter aber holte von einigen solche Äußerungen ein, daß der Ehemann „ein hartnäckiger, schlechter Mensch“ ist. Im Anschluß an die von einem Korrespondenten aufgedeckte Geschichte des obigen Mißbrauchs stellte Kossuth mit der Unvoreingenommenheit und Parteilosigkeit des Rechtsanwaltes folgende Fragen: „Kann sich die im richterlichen Stuhl sitzende Leidenschaft die Rolle der heiligen Wahrheit anmassen? Und wenn sich der Beklagte von sich selbst und seinem Stand in der Verteidigung vergessen konnte, kann dies als Entschuldigung des Richters vor Gott und dem Menschen dienen, der sich nicht in der Verteidigung, sondern in der Gerichtsbarkeit so sehr vergessen hat?“

Die in Frageform aufeinander aufgebauten drei strukturellen Elemente erwarten keine Antwort. Imponierend ist das Bestreben nach Parteilosigkeit, indem er es für vorstellbar hält, daß das „Nicht-hören-Wollen“ des Beklagten eventuell den Stuhlrichter erregt hat. Die in Frageform getroffene dreifache Feststellung ist gerade deswegen überzeugend, weil Kossuth auch die Motive des „Tyrannen“ in Betracht gezogen hat und in Kenntnis derer es als unerträglich qualifiziert, daß sich ein Richter und auf solche Weise Genugtuung verschafft. Kossuth kannte diesen Typ der Stuhlrichter, denen auf einen Wink Pflüge ihre Felder ackerten, denen sich Holzscheite auf dem Hof auftürmten und Hühner in den Käfig gelangten.

Dir Öffentlichkeit machte auch die Mißbräuche unmöglich, die von den örtlichen Behörden bei der Aushebung von Soldaten verübt werden. Eine Form davon besteht darin, daß irgendeine arme Person gemeinen Standes als Soldat ausersehen wird, und dann ihr gegenüber grobe Willkür angewandt wird. Die natürliche Folge dessen ist, daß der Betreffende schimpft und selbst die Grundlage dafür schafft, daß er als Flucher gebrandmarkt wird und als Verüber eines Verbrechens alles gesetzlich ist, was bisher ihm gegenüber verübt wurde. Die Soldatenschaft wollen sie nur unter den Ärmsten ausheben.

Vor der Öffentlichkeit wäre auch kaum der früher bereits erwähnte Prozeß durchzuführen, im Laufe dessen die Freie Königliche Stadt Eszter-

gom Frauen — die Leibeigenen des Domkapitels — zur Gewährleistung der Vergütung eines angeblich im städtischen Wald verübten Schadens als Pfand verhaften ließ. Das Domkapitel hätte vergeblich Beschwerde an höherer Stelle eingelegt, da im Sinne der Praxis die von Privaten vorgebrachten Beschwerden eben der betroffenen Behörde „pro praestande informationne“ zugesandt wurden, d.h. zur Kenntnisnahme. Die „gepfändeten“ zwei unglücklichen Frauen mußten wenigstens bis dahin darben, bis man sie auslöste oder die Versammlung des Komitats (nach Wochen oder Monaten) zusammentrat und Schritte in ihrem Interesse unternahm.

Die Ausdehnung der Öffentlichkeit auch auf die Fahndung hing mit dem traurigen Erfahrungsmaterial zusammen, welches Kossuth in Verbindung mit den Zwangsverhören erwarb. Von dem geheimen Inquisitionsprozeß sind die Inquisitionstorturen nicht zu trennen — diese Idee vertrat in Europa jeder, der sich für die Einführung der Öffentlichkeit einsetzte. In der Strafgerichtsbarkeit der Komitate, der Städte und hauptsächlich der blutmächtigen Patrimonialgerichte war eine breite Skala von Zwangsverhören zu finden. Kossuth nennt mit schmerzlichem Spott die seelischen und körperlichen Qualen, die von den Angeklagten im Laufe ihres Verhörs erlitten werden mußten, eine „milde Tortur“, die Kossuths Meinung nach gnadenloser war, als die tatsächliche Tortur.

Die Barbarei der tatsächlichen Tortur war durch vorgeschriebene Verfahrensformen und sorgfältig ausgearbeitete Bedingungen geregelt, jeder wußte, daß er, wenn er die Qualen aushielt, sofort freigelassen wurde.

Die „milde Tortur“ weist auch eine Reihe von Identitäten mit der Tortur auf, insofern beide Schmerzen verursachen und gerade deshalb Schmerzen verursachen, damit das unklare Verbrechen mit ihrer Hilfe aufgedeckt werden kann. Auch verteidigen konnte man die Tortur mit einer Argumentierung ähnlichen Charakters sowohl hinsichtlich der „klassischen“ als auch der entarteten „milden“ Form: sie sind deshalb erforderlich, weil sonst das Verbrechen unbestraft bliebe. Dies war ein Kennwort von Zauberkraft, was im Gegensatz zu vielen Kossuth aber nicht beirren konnte. Aus seiner Praxis als Advokat, seiner Tätigkeit als Tafelrichter und auch seinem Wirken als Redakteur wußte er, daß die Beibehaltung der Tortur ein ungeeignetes und unzulässiges Mittel der besseren Rechtsprechung ist. Daher bedeutete es sich für die eine oder andere Ars der Tortur auszusprechen, den hervorgehobenen ersten Punkt des Kossuthschen Reformprogramms, die Öffentlichkeit anzugreifen.

Im Strafrechtsreformprogramm des Pesti Hirlap stand die Problematik der Öffentlichkeit und der Verteidigung verständlicherweise an erster Stelle, in dieser Hinsicht waren die Ansichten Kossuths die reifsten und die umsichtigsten. Auch trat er wiederholt und unter völliger Überzeugung für die Einführung der Geschworenengerichte ein. Er sah klar, daß der Ausbau und die Anwendung der Geschworenengerichte als richterlicher Foren sowie „ihre Anpassung an unsere Umstände“ mit nicht wenig Schwierigkeiten verbunden war, aber „... wir sind von der Wohltätigkeit dieser durch nichts anderes ersetzbaren Institutionen so sehr überzeugt

und halten uns auch die Schwierigkeiten vor Augen, die mit der Veränderung der Grundprinzipien eines systematischen Gesetzbuches einhergehen, und wir möchten, daß das nächste Parlament lieber kein neues Strafgesetzbuch schaffen möge, wenn es dies ohne Geschworenengerichte schafft. . .“ Er war der Ansicht, daß das Geschworenengericht nicht nur für die eine oder die andere Nation geeignet sein und ihr dienen muß, sondern für die gesamte Menschheit, „eine der majestätischsten Erfindungen“.

Unter Verwendung der Angaben in der ausländischen Fachliteratur erhoffte er auch in ungarischer Hinsicht von der Einführung der Geschworenenrechtsprechung, daß diese von vornherein gut auf den moralischen Sinn des Volkes wirken wird, daß sie die Ehrung der Gesetze und die Wahrheitsliebe fördern wird (anders kann niemand auf die Liste der Geschworenen gelangen) und nicht letzten Endes geht sie mit der günstigen Wirkung einher, daß der, der auf der Liste der Geschworenen figuriert, sich als Mitglied der öffentlichen Verwaltung fühlt.

Im Interesse der Rechtsgleichheit, daß die Wahrheit nicht nur ein die Adligen betreffendes Privileg sei, ist Kossuth immer entschieden, ja sogar mit radikaler Schärfe aufgetreten. „Unsere Ahnen haben sich und die Ihren auch nur gegen eine richterliche Rüge mit allerlei Schutzmitteln umschant; als Garantie für die Rechtsprechung des übrigen Volkes haben sie fast nichts geliefert. Daß wir uns wegen einer Stunde Haft bis an die Septemviraltafel wenden können, unsere unadligen Mitbürger im Gegensatz nur dann, wenn sie zum Tode verurteilt sind und an die königliche Tafel auch nur im Falle von 3 Jahren Haft und einmaligen 100 Stockschlägen, dies ist, meine Herren, ein Schmutzfleck auf unserer Nationalflagge, den wir nicht eilig genug bereinigen können.“ Der adlige Herr konnte auch bei einem 3 Tage Haft zumessendem Urteil den Prozeß „untersuchen lassen“, die gemeinen Standes haben aber dazu nicht einmal Gelegenheit, wenn sie zu mit Eisen, öffentlicher Arbeit und wöchentlich zwei Tagen Fast verschärfter Haft von zwei und dreiviertel Jahren verurteilt wurden! Und sollte jemand das Warum suchen, so ist die Antwort bereit: die Gerichte sind nicht imstande, die Angelegenheiten zu erledigen, wenn die Appellationsberechtigung ausgedehnt wurde.

In scharfem Widerspruch zu dem Gedanken der Gleichheit vor dem Gesetz steht die auf die Anhörigen gemeinen Standes beschränkte, in ihrer Hinsicht jedoch der Möglichkeit nach weit angewandte Praxis der Körperstrafen. In dem Leitartikel unter dem Titel „Stock, Peitsche, Rute“ erinnert er den heutigen Leser in einer Karinty ähnelnden Grimasse an die Pester Polizeidiener, die auf der Straße den sich Raufenden den Kopf einschlugen, da sich nicht gerauft werden darf. Dieses Bild faßt prägnant Kossuths Meinung über die Prügelstrafe zusammen, die Straftat, die „von einer verdorbenen Vorstellungsbegabung in der Minute eines unglücklichen Irrtums ausgedacht wurde.“

Eine rechtswidrige und unzweckmäßige Strafe, das ist Kossuths Meinung. Die Prügelstrafe senkt den Menschen auf das Niveau des unvernünftigen Tieres, und „den Menschen zum Tier zu erniedrigen, dieses

Recht hat niemand“. Diese Straftart ist nicht deswegen unzweckmäßig, weil sie den Schuldigen nicht bessert, sondern ihn erniedrigend noch verderbter macht als er war. Andere werden durch diese Strafe nicht klüger, sie wirkt nicht abschreckend, ja die Masse bestaunt sogar und preist den, der ohne jeden Klagelaut brav 50 Stockschläge erträgt. Was kann dann ihre Beibehaltung begründen?

Die Anhänger der Prügelstrafe erwähnen meist die „Derbheit“ des Volkes und betonen, daß das Volk nicht ohne Stock regiert werden kann. „Diese Antwort ist entsetzlicher als die Tatsache selbst“, fährt Kossuth auf, „freilich ist das Volk derb, wenn auch die Gesetze der Nation derb und grausam sind.“ Und das Pesti Hírlap entgoß die Angaben, enthüllte die Schlägervirtuosen und trug bedeutend dazu bei, daß sich die öffentliche Meinung am entschiedensten gegen die Prügelstrafe wandt. Im Laufe des einzigen Jahres 1841 stellte es eine Menge solcher empörender Körperstrafen vor, die zu leidenschaftlichem Widerstand anregten. Wegen richterlicher Nachlässigkeit stand ein sechzigjähriger Vater die dem Sohn auferlegten 50 Stockschläge aus. Eine noch nicht völlig aus dem Kindbett genesene Frau wurde 25 mal verprügelt und erkrankte deswegen schwer. In Csenger wurde ein Mädchen so geschlagen, daß es irre wurde, der Gerichtshof des Komitats Somogy verteilte in dem zur Sache des Aufruhrs in Mesztegyöny gefälltem einzigen Urteil 4253 Stockschläge: vom Töten bis zum Nicht-Töten der Spatzen will man alles mit dem Stock bestrafen.

„Wir erröten und sind empört“, schreibt Kossuth, „wenn wir in der Gesindeordnung der Stadt Pest die aus dem preußischen Gesindegesetz übernommene Regelung lesen, die dem Herrn das Recht zuerkennt, dem Gesinde gegenüber die Körperstrafe anzuwenden, die die freie Ausübung der Körperstrafe erlaubt, ohne auch nur ein Wort über deren Art, Wirkung oder Maß zu erwähnen.“ Dennoch glaubten noch viele, daß die Prügelstrafe notwendig sei, die Vorsichtigeren verlegten die Durchführung der Prügelstrafe von der Straße auf den letzten Innenhof des Komitatshauses, die Kühnsten aber gingen auf die Art des Stuhlrichters von Vas vor, der wegen der schlechten Qualität der Straße den für schuldig befundenen Vorsteher der Ortschaft sogleich auf der Straße verprügeln ließ, damit er auf der Stelle „mit ungezählten fünfundzwanzig“ büßen möge.

In seiner Schrift unter dem Titel Mein Leben und meine Zeit erinnert sich Ferenc Pulszky auch an die Ausarbeitung des 1843 er Vorschlages zum Strafgesetzbuch. Er erwähnte, daß Kossuth an den Vorarbeiten seltener teilnahm: „...er war sehr mit seinem Blatt beschäftigt, weil er sich nicht damit begnügte, den Leitartikel zu schreiben, sondern auch die Berichte und die Schreibweise der Nachrichten aus der Provinz sorgfältig verbesserte.“ Der wohlgeborene Herr Tafelrichter, wie Széchenyi 1844 und 1845 Kossuth mehrfach titulierte, war dennoch „dort“ bei den Arbeiten.

FUSSNOTEN

¹ Die Protokolleintragung hält als Datum den 9. des Monats Allerheiligen fest, einzelne Verfasser der Kossuth Biographien „lösten“ dies fälschlicherweise als den 9. November auf. Vergleiche: *Sik Ferenc* – *Kállay István*: Kossuth Lajos, az ügyvéd (Lajos Kossuth, der Rechtsanwalt). OÜT, 1978.

Lajos Kossuth als Rechtsanwalt war, abgesehen von seiner in einzelnen politischen Prozessen ausgeübten Tätigkeit, in der Fachliteratur fast unbekannt. Auf Initiative und mit Unterstützung durch den Landesrat der Rechtsanwälte deckten die Autoren das Archivmaterial der Zempléner Tätigkeit Kossuths als Rechtsanwalt auf.

² *Kelemen Imre* – *Czövek István*: Magyar hazai polgári... S. 70.

³ *Ifj. Palugyay Imre*: Ügyvédek. Korszerű tervezet... Buda 1841, S. 55 – 56.

⁴ Es ist auch nicht unser Ziel, ein dunkleres Bild über die Strafrechtsprechung der Komitate an der Schwelle des Reformalters zu geben, als dies in Wirklichkeit war, und auch nicht, in den Entstellungen eine spezielle ungarische Erscheinung zu sehen. Es ist zwar eine komische Lage, aber die ungarischen Advokaten konnten dennoch die Verteidigung ihrer Mandaten in Strafsachen versehen, gleichzeitig kannte die Franciscana die Verteidigung durch den Rechtsanwalt überhaupt nicht. Die Schuldlosigkeitsvermutung wurde zur Pflicht des Strafrichters gemacht – was Kossuth zufolge dann eine gute Lösung wäre, wenn Götter im Richterstuhl säßen. Dieser Lösung gegenüber zeigen sich auch heute noch einzelne „verständlich“: ihnen zufolge wurde der Verdächtige durch den Mangel am Rechtsanwalt nicht an seiner persönlichen Verteidigung gehindert, „der Inquisit wurde an seiner persönlichen Verteidigung (materiellen Verteidigung) nicht gehindert“, schreibt *Friedrich Hartl*: Das Wiener Kriminalgericht. H. Böhlau Nachf. Wien – Köln – Graz 1973, S. 197.

⁵ Diesbezüglich gibt es Beweise in den zitierten Buch von *Sik, Ferenc* – *Kállay, István*, S. 71 – 107.

⁶ *Leslaw Pauli* verweist in Verbindung mit der Anwendung des StGB des Jahres 1803 in den Jahren 1815 – 1833 in Krakau auf die privilegierte Lage der reichen Bürger und der öffentlichen Beamten in Strafsachen. Eine entgegengesetzte Meinung vertritt unseres Wissens nach nur der Wiener *Friedrich Hartl*, der von der Urteilspraxis des Vormärz folgendes feststellt: „Eine ausgesprochene Privilegierung der Angehörigen begüterter Klassen gab es beim Wiener Kriminalgericht nicht.“ Op. cit. S. 203. Seinen Standpunkt können wir auch in Wiener Hinsicht nicht akzeptieren, auf alle Fälle macht es nachdenklich, was er über den Prozeß gegen Alois Fürst von Kaunitz-Rittberg berichtet.

⁷ In der Nummer 26, Jahrgang 1841 des *Pesti Hírlap*. Die derartige Anwendung der Prügelstrafe verweist auf ihren Charakter als Hauptstrafe, auf den Gedanken, daß der Vermögenslose „mit seiner Haut zahlen möge“. In der sich auf Grund der Franciscana durchgeführten Krakauer Praxis zeichnet sich nach *Leslaw Pauli* in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts der Nebenstrafencharakter der Prügelstrafe ab: „...die körperliche Züchtigung wurde in der Praxis zu einer der am meisten verbreiteten zusätzlichen Strafen.“ Vgl. Strafsystem der Franciscana in der Judikatur der Krakauer Gerichte. Krakow 1973, S. 14.

⁸ Leitartikel: Bot for ever (Prügel for ever). *Pesti Hírlap*, 15. Mai 1841.

⁹ Hepp äußert sich folgendermaßen: „...in der Zukunft das Strafrecht entscheidend von der Gesetzgebung und nicht so sehr von der Praxis gestaltet werden müsse. Für ihn war die parlamentarische Diskussion auch der Weg, um den Einfluß der Theorie auf breiter Grundlage zu sichern.“ *Robert Scheyhing*: Ferdinand Carl Theodor Hepp 1800 – 1851. Ein Tübinger Strafrechtslehrer in Vormärz (1833 – 1851), S. 28. Sonderdruck.

¹⁰ Protokoll des Strafgerichtshofes des Komitats Zemplén, Nr. 289 des Jahres 1827.

¹¹ Die Angelegenheit der Borbála Szabó im Protokoll des Strafgerichtshofes vom 29. Februar 1828.

¹² Z. B. Fenyítő törvényszék jkv. Nr. 274/1827.

¹³ Ebd. Nr. 271.

¹⁴ Ebd. Nr. 620/1829.

¹⁵ Ebd. Nr. 310/1827. Das feudale juristische Denken produzierte eigenartige Lösungen bei der Beurteilung der Verübung durch mehrere Täter oder Massentäter. Aus dem umfangreichen Paket der Prozeßakten wurden einige ausgewählt und nummeriert, die un-

тер Hinweis darauf auch beachtet wurden. Sonstige Schriftstücke ließ man unnummeriert und außer Beachtung. Wenn irgendein Umstand auf Grund einer gewissen Aussage als beweisen erachtet wurde, kam es vor, daß auf Grund dessen andere Verurteilt oder zu Schadenersatz verpflichtet wurden, ohne daß sie verhört worden wären. Die die ganze Strafsache aufdeckende Verhältnismäßigkeit, der Überblick und der Zusammenhang wurden (vermutlich) überhaupt nicht gesucht.

Ein hervorstechendes Beispiel der richterlichen Willkür ist das „Würfelspiel“, bei dem man im Falle mehrerer Verdächtiger oder Verurteilter sie um ihr Leben würfeln ließ und nur die Verlierer hinrichtete. *Wilhelm Brauneder* stellte das Frankfurter Würfelspiel des Jahres 1625 dar, das bei der Verurteilung der aufständischen Bauern angewendet wurde. Seiner Meinung nach wurde es auch in Oberösterreich mehrfach angewandt. Wir wissen, daß es auch noch zu Ende des 18. Jahrhunderts in der österreichischen Strafjudikatur vorkam.

¹⁶ Fenyítő törvényszék jegyzőkönyve, Nr. 457/1827.

¹⁷ Ebd. Nr. 473/1829.

¹⁸ Insofern hatten sie Glück. Der Passus war ein Paß, eine auf Grund der Einwilligung des Grundherrn ausgestellte Wanderungs- und Umzugsgenehmigung. Die, die das Land ohne Passus bereisten und sich auf fremden Gebiet befanden, wurden eingefangen und mit der Beschlagnahme ihres bei sich getragenen oder anderswo zu findenden Vermögens bestraft. Das Komitat verbot, daß die Grundherren die Flüchtlinge und Herumstreuner bei sich aufnehmen. Vgl. *Hajdu Lajos*: Az új honfoglalás évszázada (Das Jahrhundert der neuen Landnahme). Tolna megye fejlődése 1686 – 1790 között. Sonderdruck, Szekszárd 1978, S. 244, 260.

¹⁹ Nr. 45/1841.

ДЕЯТЕЛЬНОСТЬ ЛАЙОША КОШУТА КАК ASSESSOR TABULAE В КОМИТАТЕ ЗЕМПЛЕН

Д-р ФЕРЕНЦ ШИК

доцент

(Резюме)

Лайош Кошут в менее известном периоде своей жизни работал адвокатом в комитате Земплен. Его адвокатский диплом был опубликован на общем собрании комитата в 1824 году, и будущий политик эпохи реформ и революционер сразу же начал свою деятельность в качестве адвоката. Его доверителями были кроме многих родственников семьи Кошута, и старые клиенты его отца Ласло Кошута, который был тоже адвокатом, местные помещики, среди них одна из самых мощных семей комитата, семья Сапари – Андраши. Его клиентура все росла, в адвокатской конторе работали и конторщики.

На общем собрании комитата Земплен 40-ого мая 1827 года было занесено в протокол, что Лайош Кошут вместе с двумя другими юристами был назначен судьей «*assessor tabulae*» в комитате и дал следующую присягу: «... я буду выносить справедливые решения и по своим способностям приводить их в исполнение.» Молодой адвокат с тех пор играл многообразную роль в ведении общественных дел в комитате. Стал трибунальным судьей, принимал участие в работе комитатского суда, который проводил свою деятельность не постоянно, а периодически, каждую четверть года. Не перестал быть адвокатом, значит он не получил должности, а случайно участвовал в вынесении решений, иногда действовал должностным свидетелем, или принимал участие в разбирательстве дел.

Для того, чтобы губернатор комитата назначал какого-то адвоката судьей «*assessor tabulae*» и чтобы собрание комитата приняло к сведению это назначение, надо было, чтобы он со своей адвокатской деятельностью стал признанным, имел авторитет и соответствовал местным представлениям о политике. Венгерский романтический писатель Мор Йоканн создал идеализированную картину о судьбе «*assessor tabulae*»: Они поэты, ученые с веселым лицом, в их красивом гневе больше любви, чем в приветливости других. *Index tabulae* был администратором страны, эконо-

мистом, инженером, регулятором водных дел, законодателем, судьей, адвокатом, врачом, поэтом, ученым, создателем и покупателем книг. Теперь для всего этого нужен отдельный человек.»

Адвокат-судья Кошут на основе случайного поручения часто выступал как временный внешний служащий комитета. Например разработал предложения для преодоления голода, для создания хлебохранилищ. Вицегубернатор на основе этого поручил ему собрать материал и дать отчет о деле. Кошут этим получил официальное поручение и мог выступать уполномоченным служащим в данном деле. В несчастливом 1831 году он включился в работу комитатского комитета, бурущегося против роста эпидемии холеры. В ходе деятельности Кошут боролся против предрасудков и хитрости служащих и со своей гуманностью он приобрел не только средства к жизни, но и уважение.

L'ACTIVITÉ DE LAJOS KOSSUTH DÉPLOYÉE AU TRIBUNAL CIVIL

par

FERENC SIK

maître-conférencier à la Chaire d'Histoire de l'État et du droit de la Faculté de Droit de l'Université Eötvös Loránd de Budapest

(Résumé)

C'est dans le département de Zemplén que Lajos Kossuth a poursuivi pendant une période moins connue de sa vie l'exercice de la profession d'avocat. Le diplôme d'avocat lui a été remis en octobre 1824 à l'Assemblée générale du département, le futur politicien de réformes, le futur révolutionnaire s'est immédiatement livré à l'exercice de la profession d'avocat. Outre le grand nombre de la parenté Kossuth on a pu trouver parmi ses clients quelques anciens clients de son père, l'avocat László Kossuth, d'autres petits possédants, parmi lesquels la famille Szapàry — Andrassy appartenant aux potentats du département. Sa clientèle s'est de plus en plus accrue, il a employé dans son bureau un scribe.

A son Assemblée générale du 4 mai 1827 le département de Zemplén a précisé dans un procès-verbal que Lajos Kossuth ensemble avec ses deux camarades avait été nommé magistrat du Tribunal civil du département et il avait prêté le serment suivant: "... le jugement que je rendrai sera juste et loyal et je l'exécuterai selon mes facultés". A partir de ce temps-là il a joué un rôle multiple dans la gestion des affaires publiques sur le territoire du département. Devenu magistrat de tribunal Kossuth a participé au travail de jugement du tribunal de département déployé par périodes trimestrielles. Il n'a pas cessé d'être avocat, il n'a donc pas eu une fonction, mais il participait suivant les cas aux sentences, il collaborait cas pour cas à titre de témoin de l'autorité ou bien il a fait des enquêtes.

Afin qu'un préfet de département puisse nommer un avocat magistrat de Tribunal civil et que l'Assemblée générale du département en prenne acte, il fallait que l'intéressé obtienne avec son activité d'avocat la reconnaissance et il était nécessaire qu'il jouisse d'une grande considération et qu'il corresponde aussi aux idées faites sur le politicien local. L'écrivain romantique hongrois, Mór Jókai, a idéalisé les magistrats du tribunal civil. "Poètes, savants, visages complaisants, sereins dans la belle colère desquels il y avait plus d'affection que dans l'affabilité d'autres gens..." Le magistrat de tribunal civil était l'administration publique, l'économie politique, l'ingénieur le régulateur des eaux, le magistrat, l'avocat, le médecin, le poète, le savant, l'auteur d'oeuvres et l'acheteur de livres du pays. Un homme spécial naît à toutes ces fonctions..."

Chargé *ad hoc* l'avocat-magistrat, L. Kossuth, agissait plusieurs fois en qualité de fonctionnaire provisoirement externe du département. Il a élaboré p. ex. des propositions concernant l'enraiment de la famine et la mise en place des silos à grains, sur la base desquelles le sous-préfet du département l'a invité à mettre au point le matériel et de soumettre un rapport en matière. De cette façon Kossuth a été officiellement chargé, ce qui lui a permis d'agir en qualité de fonctionnaire dans l'affaire en question. Au cours de l'année désastreuse de 1851 Kossuth a participé au travail de la commission départementale luttant contre la propagation du choléra. Au cours de son activité Kossuth a défié les préjugés et la ruse de fonctionnaire, son humanisme lui a permis d'obtenir aussi le respect.